



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
anlässlich des Neujahrsempfangs des Senats
am 15. Januar 2020**



Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle ganz herzlich hier in der Oberen Rathaushalle zu unserem Neujahrsempfang und wünsche Ihnen allen ein gutes, erfülltes und insbesondere auch gesundes neues Jahr.

Ich begrüße vor allem unseren Bürgerschaftspräsidenten, Frank Imhoff, und den Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung in Bremerhaven, Torsten von Haaren, ich begrüße die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und die Damen und Herren Stadträte und Stadtverordneten aus Bremerhaven.

Ich freue mich, dass der Präsident des Staatsgerichtshofes, Peter Sperlich, unter uns ist, ebenso die Mitglieder der Konsularischen Korps' aus Bremen, Hamburg und Hannover.

Ein herzliches Willkommen gilt auch meinen Amtsvorgängern Henning Scherf, Jens Böhrnsen und Carsten Sieling, meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Senat und den ehemaligen Senatorinnen und Senatoren sowie dem Oberbürgermeister von Bremerhaven, Melf Grantz.

Ich freue mich, dass unsere Ehrenbürger Uwe Hollweg und Klaus Haußerdem die vielen Repräsentantinnen und Repräsentanten aus den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Sport, Arbeit und Soziales, von Parteien und Gewerkschaften, von Kirchen und Glaubensgemeinschaften, von Gerichten und Verwaltungen und vom Landeskommmando der Bundeswehr.



Besonders freue ich mich, dass auch viele Repräsentantinnen und Repräsentanten aus unserer niedersächsischen Nachbarschaft den Weg in unser Rathaus gefunden haben.

Danken möchte ich auch den Bremer Philharmonikern unter der Leitung von Carlos Kalmar für die musikalische Einstimmung. Und natürlich allen Frauen und Männern, die „hinter den Kulissen“ zum Gelingen des Neujahrsempfanges beitragen.

Ganz besonders möchte ich aber unseren Ehrengast begrüßen, die Direktorin des Alfred-Wegener-Institutes in Bremerhaven, Frau Professorin Antje Boetius.

Nicht erst seitdem engagierte Schülerinnen und Schüler mit „Fridays for future“ für eine erhöhte politische Aufmerksamkeit für das Thema gesorgt haben, ist Frau Boetius eine europaweit, ja mittlerweile sogar weltweit gefragte Autorität in Sachen Klimawandel und Klimaschutz.

Antje Boetius ist eine vielfach ausgezeichnete Polar- und Meeresforscherin, sie ist ein Gesicht Bremerhavens, eine Botschafterin unseres Bundeslandes und sie ist eine sehr gefragte Vortragende. Umso mehr freue ich mich, dass sie unsere Einladung angenommen hat und gleich zu uns sprechen wird.

Herzlich willkommen und herzlichen Dank dafür, liebe Frau Boetius!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Willy Brandt sagte einst:

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen ist, sie zu gestalten.

Ich finde, das ist auch heute noch ein treffender Leitspruch, gerade in den ersten Tagen eines neuen Jahres, die von guten Vorsätzen und Zielen für die kommenden zwölf Monate geprägt sind.

Und auch wenn wir alle wissen, dass die meisten guten Vorsätze schon den ersten Gang auf die Badezimmerwaage nach Silvester nicht überleben: Lassen sie uns die Zukunft aktiv gestalten, miteinander, alle zusammen. Tragen wir gemeinsam unseren Teil dazu bei, dass das neue Jahr ein gelungenes Jahr wird.



Meine Damen und Herren,

an Herausforderungen mangelt es dabei nicht. Denn über das gerade abgelaufene Jahr lässt sich ja bekanntlich nicht nur Erfreuliches berichten. Es wird uns unter anderem in Erinnerung bleiben als

- ein Jahr der sich verschärfenden Krise der Volksparteien,
- ein Jahr des weiteren Erstarkens rechter Populisten in Deutschland und in Europa,
- und ein Jahr der zunehmenden Verunsicherung und Unzufriedenheit in weiten Teilen unserer Gesellschaft.

Und das, obwohl Deutschland zehn Jahre Wirtschaftsaufschwung hinter sich hat und obwohl wir in Deutschland und in Bremen im europäischen und weltweiten Vergleich eigentlich gut dastehen. Eigentlich...

Eigentlich geht es Deutschland gut.

Und dennoch driftet unsere Gesellschaft auseinander. Viele Menschen profitieren in ihrem alltäglichen Leben nicht oder kaum davon, dass die Statistiken nach oben zeigen. Und diese Erfahrung muss man ernst nehmen, die darf man nicht schönreden und die darf man nicht wegdiskutieren.

Immerhin wächst die Einsicht, dass wir gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung etwas tun müssen. In einer aktuellen Umfrage stimmten 90 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Land „zunehmend zum Problem für den Zusammenhalt der Bevölkerung“ wird. Dahinter steht die Sorge vieler Menschen, dass sie die Kontrolle über ihr Leben verlieren, die Sorge, dass sie sozial und ökonomisch den Anschluss verpassen oder aus einem derzeit noch gesicherten Dasein herausfallen.

Meine Damen und Herren,

das neue Jahr wird in dieser Hinsicht an vielen Punkten leider nicht einfacher werden. Nicht für die Menschen, die mit Sorge in die Zukunft blicken, nicht für uns Politikerinnen und Politiker, nicht für die Zivilgesellschaft und auch nicht für all diejenigen, denen an einem gedeihlichen Miteinander gelegen ist.



Aber es nützt ja nichts. Wir werden uns den Herausforderungen stellen müssen - neuen und altbekannten.

Zu erwähnen ist hier natürlich insbesondere die Klimakrise.

Aktuell haben uns die verheerenden Brände auf der anderen Seite der Weltkugel aufgerüttelt: „Australien brennt.“

Ich vermute, auch Sie alle hier im Raum waren wie ich betroffen von den apokalyptisch anmutenden Bildern.

Aber gestatten Sie mir unter Verweis auf die Sachkompetenz unseres Ehrengastes und das beschränkte Zeitbudget gleichwohl, dieses Thema heute hintenanzustellen. Deshalb komme ich gleich zur zweiten großen Herausforderung: Es geht darum das weitere soziale Auseinanderdriften unserer Gesellschaft zu verhindern. Schon jetzt glaubt mehr als jeder Zweite in Deutschland, dass das Prinzip des sozialen Ausgleichs bei uns nicht mehr funktioniert. Weil die Reichen eben immer reicher werden – und weil es den Armen immer seltener gelingt, sich aus ihrer schwierigen Lage, im wahrsten Sinne des Wortes, heraus zu arbeiten. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass es sich dabei nicht nur um ein Gefühl handelt: Die reichsten 10% besitzen bei uns über 50 % aller Vermögenswerte, auf die ärmere Hälfte der Bevölkerung entfällt lediglich ein Anteil von 1,5%.

Das dürfen wir nicht als naturgegeben hinnehmen. Wie der Klimawandel ist auch soziale Ungleichheit menschengemacht – und damit durch politisches Handeln zu verändern.

Weniger Ungleichheit würde zwar nicht auf einen Schlag alles leichter machen, aber doch ein Stück zum sozialen Frieden beitragen. Weil damit deutlich würde: Jeder trägt seinen gerechten Anteil. Starke Schultern einen größeren, und schwache Schultern einen kleineren.

Das ist keine Sozialromantik, sondern existenzielle Voraussetzung für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft.



Denn was, meine Damen und Herren, sollen Menschen denken, die mit einer kargen Rente oder einem kleinen Einkommen gerade so über die Runden kommen, was sollen diese Menschen denken, wenn selbst Multi-Milliardäre nicht dazu bereit sind, etwas mehr als bisher zum Gemeinwohl beizusteuern.

Der SAP-Mitbegründer Hasso Plattner, geschätztes Vermögen 16 Milliarden Dollar, hat jüngst sogar mit seinem „Wegzug“ gedroht, sollte der Staat ihm einen zusätzlichen Beitrag abverlangen. „Bei einer zweiprozentigen Vermögenssteuer muss ich Deutschland verlassen“, sagte Plattner in einem Interview mit der FAZ. Er hätte, davon bin ich überzeugt, eine Vermögenssteuer sicherlich bezahlen können, ohne sich für eine der vielen Tafeln anzumelden, die für die Bedürftigen in allen großen Städten tätig sind.

Meine Damen und Herren,
neben der Klimakrise und der zunehmenden sozialen Ungleichheit möchte ich noch einen dritten Punkt ansprechen, der mir Sorgen bereitet: Die sogenannte „Krise der Realität“.

Das Jahr 2019 hat nämlich gezeigt: Die gefühlte und die tatsächliche Wirklichkeit fallen immer häufiger auseinander. Das ist längst nicht mehr nur ein Problem rechter Populisten. Das Phänomen der Realitätsverweigerung hat längst auch Regierungen traditionsreicher Demokratien erreicht.

Beispielhaft möchte ich den amerikanischen Präsidenten erwähnen, der es immer wieder schafft mit seinen Aktionen die gesamte Welt in Aufruhr zu versetzen. Zuletzt mit der von ihm angeordneten Tötung des iranischen Generals Soleimanis.

„Wir haben gehandelt, um einen Krieg zu verhindern. Nicht, um einen Krieg zu beginnen“, sagte Trump. So viel zu der von ihm gefühlten Wahrheit.

Tatsächlich aber hat der Präsident in unverantwortlicher Weise gezündelt und jahrelange Friedensbemühungen möglicherweise auf einen Schlag zu Nichte gemacht.



Diesen gefährlichen Weg dürfen wir als Deutschland, dürfen wir als Europa nicht mitgehen. Wir müssen auf eine rationale und langfristig angelegte Außenpolitik setzen, die den Frieden in der Region sichert und damit wirtschaftliche und soziale Entwicklung überhaupt erst ermöglicht.

Meine Damen und Herren,
angesichts der um sich greifenden „Realitätskrise“ sind Sachlichkeit und Faktenorientierung von größter Bedeutung für unsere Gesellschaft. Insbesondere der Wissenschaft und den Medien kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Eine Stimme der Wissenschaft werden wir gleich hören, wenn Antje Boetius zu uns spricht. Und ich verspreche nicht zu viel, wenn ich sage: Würden sich alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler so überzeugend, so hartnäckig und so ausdauernd zu Wort melden wie sie – die „gefühlte Realität“ hätte es bedeutend schwerer in unserem Land.

Wir brauchen für einen fundierten öffentlichen Diskurs aber auch Medien mit hoher journalistischer Kompetenz. Dazu gehören Reporterinnen und Reporter, die sich nicht mit der ersten und auch nicht mit der zweiten Antwort zufriedengeben, sondern den Dingen auf den Grund gehen.

Dazu gehören aber auch wirtschaftlich gesunde Medienhäuser. Und zwar ein auskömmlich finanzierter öffentlich-rechtlicher Rundfunk ebenso wie wirtschaftlich tragfähige Zeitungen. Ohne eine solche professionelle Medienvielfalt kann unsere Demokratie auf Dauer nicht überleben.

Der Vollständigkeit halber muss hier an dieser Stelle gesagt werden, dass drei bedeutende Medien im Land in diesem Jahr ein Jubiläum feiern: die Nordsee-Zeitung gibt es seit 125 Jahren, den Weser-Kurier und Radio Bremen jeweils seit 75 Jahren.



Meine Damen und Herren,

Theodor Fontane pflegte auf die Frage „Was wird das neue Jahr bringen“ zu antworten: „Es wird werden wie es immer war, halb scheitern, halb gelingen.“ Nun, ich bin der festen Überzeugung, dass das Jahr 2020 ein gutes Jahr werden wird. Ich bin zum Einen optimistisch, weil wir eine gute Grundlage für Politik und Gesellschaft haben - eine starke und robuste Wirtschaft. Ich nenne allen voran die Häfen in Bremen und vor allem Bremerhaven, die Luft- und Raumfahrt, Mercedes als größten privaten Arbeitgeber, die Stahlwerke und die Nahrungsmittelindustrie. Ich denke aber auch an das Handwerk und den Handel, an die vielen mittelständischen Unternehmen, ich denke an die Universität und an die Hochschulen in beiden Städten... und und und. Meine Damen und Herren, es würde den Zeitrahmen sprengen, wenn ich hier alles aufzählen würde.

Hoffnung macht mir auch, dass ich in unserem Land ein so großes Engagement für das gemeinsame Ziel erkenne: Dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft zusammenhält und dass die Kluft zwischen arm und reich nicht noch weiter aufgeht. Vereine, Gewerkschaften und Verbände engagieren sich da, Firmen und Unternehmen, Erzieherinnen und Pädagogen und auch ganz viele „normale“ Bürgerinnen und Bürger. Ich begreife es als ein großes Privileg des Bürgermeister-Amtes, dass ich im vergangenen Jahr viele Gelegenheiten hatte, zumindest einigen dieser Menschen zu begegnen und sie kennenzulernen.

Es waren hoffnungsvolle und auch berührende Begegnungen für mich. Denn sie zeigen: Bremen ist reich – reich an engagierten und tatkräftigen Menschen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Engagement hat die verschiedensten Gesichter. Daher lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch ausdrücklich sagen: Bremen kann stolz auf seine Mäzene sein, die das soziale und das kulturelle Leben Jahr für Jahr mit Millionen-Beträgen selbstlos bereichern!



Uns Bremerinnen und Bremern sollte dieses Engagement, sei es finanziell oder ideell, Mut machen. Wir dürfen – trotz aller Probleme hier und da, und die will ich gewiss nicht klein reden – wir dürfen optimistisch in die Zukunft blicken, wir dürfen mit Zuversicht auf unseren Zwei-Städte-Staat schauen und wir dürfen gerne das Glas auch mal als halbvoll und nicht immer nur als halbleer bezeichnen.

Meine Damen und Herren,

ich habe zu Beginn meiner Rede Willy Brandt zitiert:

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen ist, sie zu gestalten.

Aber: Das kann Politik nicht alleine, das schaffen wir nur alle zusammen. Tun wir´s!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

* * *